

Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen Arbeit und Reichtum

Vortrag und Diskussion
mit Prof. Dr. Margaret Wirth (Universität Bremen)

Mi., 04.06.2014 um 19 Uhr, Hörsaal S8 (Schloss)

Alle brauchen Arbeit – viele finden keine. Man kann das als soziales Problem beklagen und sich vorstellen, „Beschäftigungsförderung“ wäre die passende Antwort, mit staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer Senkung der Lohnnebenkosten sowie mehr Druck auf die Arbeitslosen mit Hartz IV und anderen Sozialstaatsregelungen, mit einer Streichung der Vermögenssteuer und einer Umverteilung des „knappen Guts“ Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, mit der „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ durch Teilzeit und Leiharbeit, oder wie auch immer. Über eine gewisse Absurdität muss man sich dabei allerdings schon hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr so viel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist – warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit, und auch noch so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht?

★

Dass so viele Leute Arbeit brauchen und keine Arbeit finden, während andere viel zu viel arbeiten müssen, liegt an einem ökonomischen Problem: Arbeit findet statt, wenn sie rentabel ist; und sie unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, d.h. wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend einbringt; nicht genug Ertrag nämlich, um in der Konkurrenz, der „globalen“, zu bestehen. Wenn das aber so ist, dann findet Arbeit auch nur deswegen statt, weil und damit sie einem Unternehmen Gelderträge verschafft:

Gearbeitet wird aus keinem anderen ökonomischen Grund und mit keinem anderen Ziel als diesem nie abschließend zu erledigenden Auftrag, deswegen auch je mehr, umso besser. Und aus keinem anderen Grund unterbleibt sie dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt. Und das ist offenbar gerade mit den Rentabilitätsfortschritten bei der Anwendung von Arbeit immer häufiger der Fall. Die ökonomische Zielsetzung, die in der sogenannten Marktwirtschaft total und exklusiv bestimmend ist, gebietet offenbar gleichermaßen „Vollbeschäftigung“ und „strukturelle Arbeitslosigkeit“. Da kann es gar nicht genug Arbeit geben, weil Arbeit die Unternehmen bereichert; und zugleich sorgen die Unternehmen dafür, dass immer weniger Arbeit dieser Anforderung genügt.

★

Es mag ja sein, dass sich alle Welt an diese Verrücktheit gewöhnt hat und sie normal findet; auch die Experten und Verwalter dieses Systems finden ja offenbar nichts dabei, wenn sie dazu nur widersprechende Auskünfte parat haben: Es wird zu wenig gearbeitet, wenn mehrere Millionen Arbeitslose in der Nation, einige zehn Millionen in der EU und zahllose Millionen auf dem Globus herumlungern; und es wird zugleich immer noch zu viel gearbeitet, so dass die reine „wirtschaftliche Vernunft“ die Schließung selbst großer nationalen Unternehmen gebietet, wenn die nur mit Milliardensubventionen weiterarbeiten. Tatsächlich scheint eben beides zugleich vorzuliegen, wenn es

beim Arbeiten bzw. Arbeitenlassen: um immer mehr Geld geht: Es kann für diesen Zweck nie genug geschafft werden, und zugleich gibt es immer zuviel Arbeit, die vor dieser Zwecksetzung versagt. Es hilft ja nichts, dass es „nun einmal“ so ist – ein wenig widersprüchlich ist es schon, dieses System der rentablen Arbeit und des gesellschaftlichen Reichtums, den sie schafft.

★

Keine Frage: Staat und Unternehmen können damit prächtig leben – sie organisieren die Arbeit ja so und profitieren von ihrer Rentabilität. Den systemeigenen Widerspruch, dass erstens unbedingt gearbeitet werden muss und deswegen zweitens nur sehr bedingt, machen sie zu einem Problem derer, die als ausübendes Personal unbedingt Arbeit brauchen und ganz oft keine finden. Und dann definieren sie die materiellen Probleme, die die Leute haben, als soziale Problemlage, die sie mit den bedürftigen Leuten haben.

Man sollte deswegen die Rede vom sozialen Problem auch nicht für die Sache nehmen, vom Elend betroffen über die Ungerechtigkeit der Verteilung des Reichtums oder die wachsende Schere zwischen arm und reich klagen und dann nach „Schuldigen“ dafür suchen, dass diesem „Problem“ durch all die eifrig diskutierten, probierten und wieder aufgegebenen „Bündnisse für Arbeit“ und Bemühungen, „Arbeitsplätze zu schaffen“ nie beizukommen ist. Genauso wenig empfiehlt es sich, das Kriterium der Rentabilität als Inbegriff wirtschaftlicher „Vernunft“ und „Sachnotwendigkeit“ zu akzeptieren und mit den Bedenklichkeiten erst anzufangen, wenn die öffentliche Meinung sich entschließt, seine „Schattenseiten“ zur Kenntnis zu nehmen. Die Absurdität des Systems, der Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, dass Arbeit nicht stattfindet, wenn sie nicht rentabel ist, sondern dass sie stattfindet, weil es um Rentabilität geht. Seine soziale Gemeinheit beginnt nicht damit, dass die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden, sondern besteht schon darin, dass sie Arbeit brauchen; dass sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden, folgt daraus von ganz allein.

Die Veranstaltung stimmt daher auch nicht ein in den Chor der sozialen Klagen über das ungerechte Los von Beschäftigten und Beschäftigungslosen, über die wachsende Kluft zwischen arm und reich, über Profitgier und mangelnde Unternehmer- und Staatsverantwortung. Von solchen Klagen gibt es längst genug, und sie landen so sicher wie das Amen in der Kirche bei Anträgen und Aufträgen an die Adresse derjenigen, die gemäß den Kriterien der Rentabilität „Beschäftigung“ organisieren bzw. solche Beschäftigung politisch fördern und deren soziale Folgen verwalten - bei Aufträgen, die regelmäßig von der falschen Einsicht in die „Schwierigkeiten“ und „Sachzwänge“ getragen sind, denen Unternehmen und Staat bei ihren Bemühungen um „Arbeitsplätze“ unterliegen.

Gezeigt werden soll statt dessen, dass und wie es an der herrschenden Produktionsweise, an der gesellschaftlichen Form des Reichtums, am Geld, und an den Bestimmungen der Arbeit, die für die Produktion dieses Reichtums verrichtet wird, also am gegensätzlichen Verhältnis zwischen Arbeit und Reichtum im Kapitalismus liegt, wenn die Resultate des Arbeitens gegen Geld und Arbeiten Lassens für Geld so gegensätzlich und einseitig ausfallen.

★

Demnächst:

Kritik der Philosophie: Ein Denken aus dem Geist der Rechtfertigung

Vortrag und Diskussion mit Dr. Peter Decker (Redaktion GEGENSTANDPUNKT)

Ort: Hörsaal H2 (Schlossplatz 46)

Datum: Mi., 25.06.2014, 19 Uhr

